

## Neue Kampagnen - altes Dilemma\*

### Die US-Gewerkschaften stemmen sich gegen ihren Verfall – und schielen auf die nächsten Wahlen

Von Bernd Hendricks und Günter Schneider

Am Samstag, nach dem "Tag der Arbeit" blieben in diesem Jahr die New Yorker Straßen leerer. Seit Jahren hatten die Gewerkschaften zu ihrem "Labor Day", der immer auf den ersten Montag im September fällt, am darauf folgenden Samstag eine Parade abgehalten. Der „Labor Day“ selbst wird im Kreis der Familien im Grünen oder an der See verbracht. Wohlgeordnet waren sie mit Trikoloren und Fahnen, mit Musikkapellen und Themenwagen durch Manhattans 5<sup>th</sup> Avenue gezogen und hatten den vorbeihastenden Konsumenten ihr Gesicht gezeigt. Dieses Jahr sagten die Gewerkschaften ab.

Sie riefen stattdessen zu einer Kundgebung an einem Ort der Not: zu "Ground Zero", wo am 11. September 2001 die Türme des World Trade Centers eingestürzt waren. Die Terrorat riss fast 3.000 Menschen in den Tod. Doch das Leiden und Sterben hat seitdem nicht aufgehört. Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die zu den Trümmern geeilt waren, leiden unter Lungen- und Nervenkrankheiten. Die Gifte in der Bausubstanz der Zwillingtürme, vor allem Asbest, ruinieren ihre Gesundheit. Einige starben bereits, viele sind arbeitsunfähig. Für die Kranken vom Ground Zero gibt es meist weder Gesundheitsversorgung noch finanzielle Hilfe. Sie bleiben sich selbst überlassen. Das wollen die Gewerkschaften ändern.

Kaum ein Ort hat für die neuere Gewerkschaftsbewegung der USA größere Symbolkraft als "Ground Zero": Hier änderte sich der Kurs der Geschichte; er diente auch als ein Vorwand für den Krieg im Irak, er steht für die Ignoranz der Regierenden. Aber nicht allein die Regierenden kehren sich ab. Nur einige tausend Gewerkschafter waren erschienen. Obwohl Politiker von Rang und Namen, unter ihnen auch Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, sprachen und Carole King sang, erwähnten die New Yorker Medien die Kundgebung nur am Rande. Das Dasein einer Randgruppe quält die amerikanischen Gewerkschaften, die einst so mächtig waren, bereits seit fast zwei Jahrzehnten.

Dabei war der Organisationsgrad nach dem Höchststand der US-Gewerkschaften in den Fünfzigerjahren nie höher als 35 Prozent. Heute, nachdem die produzierende Industrie abgewandert und an ihrer Stelle die Dienstleistungsbranche getreten ist, trägt nur noch einer von acht Arbeitern die Mitgliedskarte einer Gewerkschaft in der Tasche. Der Organisationsgrad ist auf zwölf Prozent gefallen, im privaten Sektor allein auf acht Prozent. Von den 16 Millionen organisierten Amerikanern arbeiten die meisten im öffentlichen Dienst.

Um mit neuen Konzepten und Initiativen den Bedeutungsverlust aufzuhalten, traten vor zwei Jahren einige Gewerkschaften aus dem AFL CIO aus und gründeten eine neue

---

\*) Der Beitrag fasst Eindrücke und Diskussionsergebnisse eines Studienseminars, das Arbeit und Leben Nordrhein-Westfalen Anfang September 2007 in New York veranstaltet hat, zusammen.

Koalition. Mit dem Bündnis „Change to Win“ sollte die Kampfkraft durch Fusion kleinerer Gewerkschaften gebündelt und mit neuen Strategien Mitglieder gewonnen werden. Der Schwerpunkt sollte in der Organisierung von Kampagnen und weniger in der Lobbyarbeit liegen.

Nach zwei Jahren blickt das Bündnis auf interessante, neue Kampagnen zurück, aber nicht auf spektakuläre Erfolge. Der erhoffte Umschwung bleibt aus. Die Gewerkschaften verlieren weiterhin Mitglieder und Einfluss. Doch die politische Landschaft hat sich mittlerweile verändert.

Desillusioniert vom Irakkrieg und unzufrieden mit der Bush-Regierung wählten die Bürger eine neue Mehrheit in den Congress. Die Demokraten bestimmen das Repräsentantenhaus und im Senat haben sie genügend Mandate, um Ausschüsse zu besetzen. Um Gesetzesvorlagen durchzubringen, reicht ihre Mehrheit nicht aus; sie müssen republikanische Senatoren auf ihre Seite bringen. In der Gewerkschaftsbewegung verbreitet sich Optimismus. Die Chance, dass die Amerikaner im November 2008 einen Kandidaten oder eine Kandidatin der Demokraten zum Präsidenten oder zur Präsidentin wählen, sind hoch.

Daneben treten die Fehlentwicklungen im Gesundheitssystem deutlicher zu Tage und werden zum Thema im Wahlkampf werden.

### **Das marode Gesundheitssystem**

Die Krise des Gesundheitssystems wird immer deutlicher: Gesundheit ist ein Objekt der Profiterzeugung, die Krankenversicherung eine Ware.

Wer sie nicht bezahlen kann, riskiert seine Gesundheit. Heute leben 47 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung, unter ihnen laut Statistik des Congresses 8,6 Millionen Kinder (ein Zuwachs von einer Millionen seit 2005). Diese Zahl steigt, je mehr die Gewerkschaften an Einfluss verlieren. Die Krankenversicherung ist nämlich oft an Unternehmen gebunden und Gegenstand von Tarifverträgen. Immer mehr Unternehmen nutzen die Schwäche der Gewerkschaften, um ihre Zahlung für die Krankenversicherung einzuschränken oder auf die Arbeitnehmer zu verschieben. Oftmals wollen sie nur noch für die Krankenversicherung des einzelnen Beschäftigten zahlen, nicht mehr für dessen Familie.

Die meisten Arbeitskämpfe in Amerika haben ihre Ursache zunehmend nicht nur in der Auseinandersetzung um Lohn, sondern auch um die betriebliche Gesundheitsversorgung. In der Autoindustrie spitzt sich deswegen zur Zeit ein Tarifkonflikt zu. Dieser Konflikt entscheidet auch über Wohl und Wehe der United Automobile Workers (UAW), einer der stärksten Gewerkschaften Amerikas.

### **In der Automobilbranche gab es einen heftigen Konflikt**

Seit den Siebzigerjahren, seit die „Big Three“ – Ford, General Motors und Chrysler – begannen, die Autoteileproduktion von Detroit in den Süden der USA zu verlagern, hat die UAW zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren. Die Gewerkschaft folgte zunächst in die Südstaaten, versuchte dort, Mitglieder zu gewinnen, scheiterte, lenkte schließlich ihre Auf-

merksamkeit wieder auf Detroit, auf die Kernproduktion. Aber hier droht der UAW ein herber Rückschlag. Nach eigenen Angaben erzielen amerikanische Autoproduzenten 3.800 Dollar weniger Profit pro Auto als ihre japanischen Konkurrenten. Davon würden 1.500 Dollar auf die Gesundheitsversorgung, vor allem für die Rentner, entfallen. Von den 10 Milliarden Dollar, die das Dreiergespann jedes Jahr für Krankenversicherung ausgibt, gehen 6,4 Milliarden Dollar an die Arbeiter im Ruhestand. Damit wollten die "Big Three" jetzt Schluss machen und haben einen Angriff auf die Alters- und Gesundheitsabsicherung gestartet. Sie setzen die Gewerkschaft mit einem eigenwilligen Vorschlag unter Druck: Sie regen die Gründung einer Gesundheitsstiftung an, die von der UAW verwaltet werden soll. Inzwischen einigten sich Gewerkschaft und General Motors darauf, die Gesundheitsvorsorge für die bisher Beschäftigten und Betriebsrentner durch einen solchen Versicherungsfonds zu sichern. Erstmals wurde jedoch zugestimmt, dass neu eingestellte Hilfskräfte deutlich geringere Löhne erhalten als die bisher Beschäftigten (Süddeutsche Zeitung 01.10.2007).

Die Krise des Gesundheitssystems schwappt als Thema in den Vorwahlkampf. Die meisten Kandidaten der Demokraten – und auch der Republikaner – bieten Konzepte für ein Gesundheitssystem an, das alle Amerikaner schützen soll. Um den Schutz für Kinder aus einkommensschwachen Arbeiterschichten, die gerade so viel verdienen, um nicht Beistand von der staatlichen Armenhilfe „Medicaid“ zu bekommen, haben die Demokraten eine Initiative gestartet, das „State Children“s Health Insurance Program“ auszuweiten. Statt fünf sollte Washington künftig 12 Milliarden Dollar ausgeben, um bis zu 10 Mio. Kinder zu versichern. George W. Bush hat sein Veto gegen die geplante Ausweitung eingelegt. Die zusätzlichen Mittel für die Krankenversicherung, so rechnen die Demokraten vor, koste für 10 Mio. junge Mitbürger so viel wie 40-Tage-Krieg im Irak (Süddeutsche Zeitung 05.10.2007).

Die Gewerkschaften haben sich noch nicht geeinigt, welches Gesundheitskonzept sie unterstützen. Die Zeit drängt. Das Land befindet sich seit 15 Jahren in einem Profitboom. Unternehmen wachsen, die Produktivität steigt, während die Reallöhne sinken und mit ihnen die Zahl qualifizierter, gut bezahlter Arbeitsplätze. Billige Servicejobs ersetzen Produktionsjobs. 15 bis 20 Prozent der Beschäftigten haben kaum oder keine Ausbildung, die meisten benötigen mehr als einen Job für ihren Lebensunterhalt. Die Mittelklasse schwindet unter dem Boom. Die Einkommen verschieben sich: Seit Anfang der Achtzigerjahre warten 95 Prozent der amerikanischen Arbeitnehmer vergeblich auf eine Erhöhung ihrer Realeinkommen, während die restlichen fünf Prozent, die Spitzenverdiener, heute fünfmal mehr verdienen. Vor 25 Jahren verdiente ein Unternehmensvorstand das Zwanzigfache von dem, was er einem Arbeiter seines Unternehmens bezahlt, heute ist die Spanne auf das Vierhundertfache angewachsen. Die Kluft zwischen arm und reich wächst rapide, und führende Ökonomen führen sie auf die Schwäche der Gewerkschaften zurück.

### **Die Risiken der Immobilienkrise**

Jetzt drücken die steigenden Ölpreise auf die Löhne, und die Immobilienkrise zerrt an den Nerven der Amerikaner. Es war für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer üblich, die Einfamilienhäuser zu beleihen und mit den Krediten Teile des Lebensunterhaltes zu bestreiten. Da in den letzten fünf Jahren sich die Preise für Häuser und Eigentumswohnungen verdoppelten, wuchs auch entsprechend das Vermögen der Besitzer. Nun platzt die Hypothekenblase und damit die Hoffnung von Millionen Amerikanern, oh-

ne große Verluste durch die Krise zu kommen. Ökonomen schätzen, dass zwei Millionen Amerikaner bald ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen könnten, 500.000 würden ihr Eigentum möglicherweise verlieren. Es gibt bereits Notverkäufe, man versteigert Häuser, es kommt zu Zwangsräumung. Man berichtet bereits von den ersten Familien, die in Kalifornien ihre Möbel in Lagerhäusern verstaut haben und die Nächte in ihren Autos verbringen.

Ob die kurzfristige Senkung der Zinsrate auf 4,75 %, mit der die US-Notenbank nun gegensteuern will, ausreicht, um das weitere Platzen von Hypotheken zu verhindern, bleibt abzuwarten. Da die mit der Zinsminderung verbundene Entlastung mit Verzögerungen von einem halben Jahr oder mehr verbunden sein kann, bevor sie wirksam wird, ist die weitere Entwicklung offen (vgl. Willi Semmler: „Warum Amerikas Grippe so ansteckend ist“, Spiegel-Online 24. September 2007).

### **Erfolge durch Organisation von Migranten**

In den letzten Monaten nahmen Gewerkschaften immer häufiger an der Einwanderungsdebatte teil. Sie haben dabei ihre Haltung gegenüber den Migranten verändert, die oft von Ablehnung oder Gleichgültigkeit geprägt war. Jetzt gelten Einwanderer, vor allem solche aus Lateinamerika als der neue Kern der Gewerkschaftsbewegung. Zwölf Millionen leben und arbeiten in den Vereinigten Staaten ohne Dokumente, demnach ohne soziale und politische Rechte. Sie sind Objekt von Ausbeutung und Rassismus und ein wichtiger Faktor in der Ökonomie: Das Kapital nutzt ihre Lage, um die amerikanischen Löhne zu drücken.

In Houston streckte die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU im Sommer letzten Jahres ihre Hand zu den Einwanderern aus, und es gelang, tausende Gebäudedienstleister wie Hausmeister, Pförtner, Putz- und Sicherheitskräfte für die Gewerkschaft zu gewinnen und für sie den ersten Vertrag auszuhandeln. Dabei kombinierte die Gewerkschaft Streik, Demonstrationen und Aktionen zivilen Ungehorsams zu einer neuen, flexiblen Strategie. Die Polizei reagierte aggressiv. Es kam zu Verhaftungen und zu Schlagzeilen. Der Arbeitskampf erregte Aufsehen im ganzen Land und zwang die Arbeitgeber vor Ort an den Verhandlungstisch.

Auch die AFL-CIO tritt rigoros in der Debatte auf, vor allem nach dem Scheitern der Einwanderungsreform im Frühsommer, und stellt sich an die Seite solcher Einwanderer, die Bushs „Ministerium für Heimatschutz“ zunehmend mit Razzien, Verhaftungen und Deportationen drangsaliert.

In Smithfield, North Carolina, bringt UNITE, die Gewerkschaft für Nahrungsmittel und Gastronomie, verfehdete Arbeiterschichten zusammen: Latinos und Afroamerikaner, die seit Jahrzehnten um einen würdigen Platz in der Gesellschaft konkurrieren, um Arbeitsplätze, Führungspositionen, Wohnraum, Lohnzuwächse und Sozialleistungen.

Die Großschlachtereie in Smithfield beschäftigt 5.200 Arbeiter latein- und afroamerikanischer Herkunft. Sie schlachten täglich 35.000 Schweine und übernehmen zunehmend die Arbeit kleiner Schlachtereien, die gewerkschaftlich organisiert sind und in der Folge schließen müssen. Zahlreiche Latinos arbeiten ohne Papiere. Sie sind Beleidigungen und Belästigungen ihrer Bosse ausgesetzt. Ihnen wird Lohn vorenthalten. Die Arbeits-hetze wächst, damit auch die Zahl der Unfälle an den Sägen und Schneidemaschinen,

und wer Gliedmassen verliert, muss die medizinischen Kosten selbst tragen. Jeder Versuch, aufzubegehren, unterdrückt die Unternehmensleitung mit Entlassung oder mit der Preisgabe von Personaldaten an die Einwanderungsbehörden. Regelmäßig besetzt die Polizei die Schlachtereierie, durchkämmt den Betrieb auf der Suche nach "Illegalen", die sich verstecken und sich vor ihren afroamerikanischen Kollegen fürchten müssen. Afroamerikanische Arbeiter in den Vereinigten Staaten sehen keine Chance für den sozialen Aufstieg, und seit Generationen sorgt die Einwanderungspolitik dafür, dass sie zur Seite gedrängt und neuen Einwanderungsgruppen Platz machen müssen. Jede Razzia gegen ihre Konkurrenten, jeder Verhaftung eines Latino-Arbeiters wirkte für sie wie eine Verheißung auf eine bessere Zukunft.

Doch UNITE weckt mit der Gegenstrategie die Erinnerung an die Bürgerrechtsbewegung der Sechzigerjahre und benutzt bewusst die Sprache Martin Luther Kings: Was immer Latinos und Afroamerikaner voneinander trenne, es einige sie das Verlangen nach Menschenwürde und Respekt und Gerechtigkeit. Am Martin-Luther-King-Gedenktag im Januar verließen hunderte Arbeiter ihren Arbeitsplatz und demonstrierten durch Smithfield. Und vor ein paar Wochen traten hunderte in den Streik, als die Polizei in einer Razzia 21 Einwanderer verhaftete. Die Belegschaft ist zwar noch ohne gewerkschaftliche Vertretung, aber nicht mehr ohne Solidarität.

### **Der Streik der New Yorker Taxi Workers Alliance**

Anfang September protestierten mit einem zweitägigen Streik die Mitglieder der Taxi Workers Alliance gegen die Pläne, JPS-Systeme, die auch Kreditkarten lesen, einzuführen. Die überhöhten Kosten sollen von den Taxifahrern selbst aufgebracht werden, obwohl sie das System selbst nicht benötigen. Das JPS wird daher als indirekte Lohnkürzung angesehen. In den letzten Jahren gelang es, durch neue Formen der Organisation den Organisationsgrad von 500 auf 7.000 Mitglieder zu erhöhen.

Erfolge wie die von Smithfield und Houston verblissen unter dem Aufmarsch der "Union Buster", der Milliarden-Dollar-schweren Branche aus Anwälten, PR-Leuten und Journalisten, die nur einen Service liefern: Gewerkschaften in die Knie zwingen. Es scheint zur Zeit angesichts dieser Übermacht der Unternehmer aussichtslos, in privatwirtschaftlich organisierten Betrieben als Gewerkschaft Fuß zu fassen.

Die Gewerkschaften drängen deshalb auf ein Bundesgesetz zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und weisen auf den Einzelhandelsriesen Wal-Mart, Amerikas größtem und brutalstem Arbeitgeber. Die 1,3 Millionen Beschäftigten Wal-Marts erarbeiteten einen Jahresprofit von 12 Milliarden Dollar, genug für ein wohl organisiertes Unterdrückungssystem, das jede gewerkschaftliche Bestrebung im Keim erstickt. Die Manager der Niederlassungen melden jede Unruhe beim Personal und jedes Flugblatt, das vor den Toren verteilt wird und zum Eintritt in die Gewerkschaft aufruft. Sollten Angestellte es in einer Niederlassung wagen, eine Abstimmung für eine gewerkschaftliche Vertretung zu organisieren, rollt eine Kolonne von Anwälten vor, mit Gesetzbüchern, Schecks und Entlassungsschreiben im Arsenal.

## **Hoffnung auf einen Wahlsieg der Demokraten**

Mit der Verabschiedung des „Employee Free Choice Act“ durch das US-Repräsentantenhaus besteht die Hoffnung, dass sich ein gewerkschaftsfreundlicheres Klima in den USA verbreitet.

Unter den Gewerkschaften wächst deshalb die Hoffnung auf einen Wahlsieg der Demokraten im nächsten Jahr, und dann auf die schnelle Verabschiedung des Gesetzentwurfs. Das Gesetz würde die Welt nicht auf den Kopf stellen. Es würde die Strafgebühren drastisch erhöhen und die Unternehmen an den Verhandlungstisch zwingen, sollte die Mehrheit der Arbeiter eines Betriebs Gewerkschaftsmitglied sein. Zugleich vereinfacht das Gesetz die Organisierung eines Betriebes oder Geschäftes: Heute müssen die Belegschaften Abstimmungen durchführen. Mit dieser Abstimmung entscheidet die Belegschaft, ob sie von ihrer Gewerkschaft in Verhandlungen mit dem Unternehmer vertreten werden möchte. Ursprünglich war diese Abstimmung gedacht als eine Angelegenheit der Beschäftigten. Längst mischen sich die Unternehmer ein, drohen, feuern, stellen die Arbeiter vor die Wahl: „Entweder in der Gewerkschaft oder in Lohn und Brot“. Der Gesetzentwurf will die Abstimmung abschaffen. Es würde ausreichen, wenn mehr als die Hälfte der Belegschaft der Gewerkschaft angehört. Dann sind die Unternehmen gezwungen, innerhalb eines Jahres in Vertragsverhandlungen einzutreten.

Ob die Demokraten im Falle eines Wahlsieges bei den Präsidentschaftswahlen im November 2008 die nun gegenüber den Gewerkschaften gemachten Angebote tatsächlich umsetzen oder ob sie, wie schon so oft, nach den Wahlen diese Versprechungen vergessen - das wird über die Zukunft der Gewerkschaften mitentscheiden.

Bernd Hendricks ist Journalist, Übersetzer und Sprachlehrer. Er lebt seit 1996 in New York.

Günter Schneider ist Landesgeschäftsführer von Arbeit und Leben DGB/VHS Nordrhein-Westfalen.